

39/PET XXII. GP

Eingebracht am 22.09.2004

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Petition

PETITION an den Nationalrat

laut Geschäftsordnungsgesetz 1975 BGBL Nr. 410

**Umweltverträglichkeitsprüfung für den Neubau der
Hochleistungsbahnstrecke Tauernbahn in der Kur- und
Tourismusregion Gasteiner Tal:
Eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit!**

Einreicher: Österreichischer Alpenverein, Zweig Bad Gastein
Bürgerinitiativen des Gasteiner Tals
Tourismusverband Bad Gastein

mit Unterstützung der Abg. zum Nationalrat:

Die Ausgangslage

Die österreichischen Bundesbahnen planen die Errichtung einer Hochleistungsstrecke im Gasteinertal. Diese Planung basiert auf einer Verordnung der Bundesregierung, die sich im Zuges des EU Beitritts dazu verpflichtet hat, anstelle der eingleisigen Tauernbahn eine der wichtigsten Güterverkehrsachsen Europas zu errichten.

„Auf der Tauern-Bahnstrecke sollen ab sofort zusätzliche Zugverbindungen die Schiene für Frächter attraktiver machen,“ betont Verkehrslandesrat Wilfried Haslauer (ÖVP). So soll es künftig viermal täglich eine Verbindung Salzburg-Villach geben, viermal täglich soll Triest-Salzburg gefahren werden.

Außerdem soll es eine Direktverbindung von München über Salzburg und Villach nach Triest geben, kündigt Haslauer an. So sollen pro Monat 5.000 Lastwagen von der Straße auf die Schiene 'übersiedeln'. Um eine Verladung auf die Schiene für Frächter interessant zu machen, wird Österreich künftig 42 Millionen Euro pro Jahr in die Rollende Landstraße stecken.

Dabei werden nicht mehr die Züge pauschal gefördert, sondern pro Sendung wird ein Betrag zugeschossen: So etwa bei einer Fahrt über den Brenner 85 Euro oder auf der Tauernstrecke 75 Euro. " (ORF Online-Nachrichten, Salzburg, 21.07.2004)

Dabei handelt es sich beim Gasteinertal um eine der wichtigsten Tourismusregionen Österreichs: Die jährliche Wertschöpfung des Gasteinertals beträgt €400 Millionen, mit circa 2,4 Millionen Nächtigungen zählt die Region zu den wichtigsten Fremdenverkehrsgebieten Österreichs. Zehntausende Menschen finden im Gasteinertal Arbeit, Millionen aus aller Welt Heilung und Linderung ihrer Schmerzen durch die Gasteiner Kur. Keine andere Fremdenverkehrsregion hat ein so dichtes Angebot sowie eine Kur- und Sportinfrastruktur auf höchstem Niveau zu bieten wie das Gasteinertal: Allein in den letzten beiden Jahren wurden rund €40 Millionen in neue touristische Infrastruktur wie den modernsten Thermenanlagen Europas, einem neuen 18 Loch Golfplatz oder neuer Skilifte investiert. Weitere hunderte Millionen flossen in Erweiterung und Renovierung bestehender Tourismusobjekte.

Was bisher geschah:

Nachdem die ursprüngliche Trassenwahl (300 m lange Doppelbrücken in Betonbauweise in Bad Hofgastein und eine Querung der Strecke mitten im Ort in Bad Gastein¹) Entrüstung und Ablehnung innerhalb der Bevölkerung des Tales hervorgerufen hatte, wurde zur Trassenfindung für den Neubau der Tauernbahn im Gasteinertal ein beispielhaftes mehrjähriges Mediationsverfahren, das sogenannte „Mediationsforum Gasteinertal“ durchgeführt.

Der im Vertrag des Mediationsforums enthaltene Bericht beschäftigt sich ausführlich mit der Frage der Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung.

Das Mediationsforum hat damit die Frage der Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung ausdrücklich als Problem erkannt und dazu im einzelnen festgehalten:

- Mit Verordnung der Bundesregierung vom 4.7.1989 (BGBl. 135 vom 1.3.1989) wurde die Tauernachse zur Hochleistungsstrecke erklärt.

¹ Zitat aus Petition der Marktgemeinde Bad Hofgastein vom 8. Dezember 1997 an den Herrn Bundespräsidenten

- Am 26.1.1998 brachte die Salzburger Landesumweltanwaltschaft auf Anregung der Gemeinden einen Antrag auf Feststellung der UVP-Pflicht bei der Salzburger Landesregierung ein, dem mit Bescheid der Salzburger Landesregierung vom 22.4.1998 stattgegeben wurde.

Auf Grund einer Berufung der ÖBB und des Ministeriums hob der Umweltsenat den Bescheid der Salzburger Landesregierung auf- mit der Begründung, dass ein „präzises konkretes Projekt“ noch nicht vorliegen würde.

Doch sofort mit dem ersten Projekt Angerschluhtbrücke - Bahnhof Angertal, das nach der Unterzeichnung des Mediationsvertrages von den ÖBB eingereicht wurde, war der Mediationsvertrag gleich mehrfach gebrochen:

- Das Projekt Angerschluhtbrücke müsste laut Mediationsvertrag gemeinsam mit dem Projekt des Schlossalmtunnels eingereicht werden - um geltendes Umweltrecht zu umgehen hat die ÖBB das Projekt vertragswidrig gestückelt.
- Die projektierten Lärm werte übersteigen die im Kriterienkatalog des Mediationsvertrages vereinbarten zulässigen Lärmwerte um ein Vielfaches und sind für die betroffenen Talbewohner gesundheitsschädlich.
- Die einzige im Mediationsvertrag vorgesehene Sanktion, nämlich die Einberufung einer Mediationssitzung, wurde von den Bürgern gefordert, jedoch ignoriert.

Der für Bad Hofgastein aus Lärmschutzgründen unbedingt notwendige Schlossalmtunnel wird zwar von den ÖBB versprochen, das Verkehrsministerium selbst hat jedoch brieflich bestätigt, dass der Tunnel wegen fehlender finanzieller Mittel zurückgestellt wurde.

Situation Betroffener:

Zitat aus der Alpenkonvention, Verkehrsprotokoll: „ (...) im Bewusstsein, dass der Alpenraum ein Gebiet umfasst, das durch besonders empfindliche Ökosysteme und Landschaften, oder durch geografische und topografische Verhältnisse, welche die Schadstoff- und Lärmbelastung verstärken, oder durch einzigartige Naturressourcen oder ein einzigartiges Kulturerbe gekennzeichnet ist...“

Das Recht auf Schutz des eigenen Lebensraums kann wohl als selbstverständlich angesehen werden! Wir sind es leid, in dieser Frage von einer Behörde zur anderen, vom Land zum Bund und wieder retour verwiesen zu werden.

Wir haben den Eindruck, dass Bund und Land die Entscheidung über die UVP-Pflicht solange hinauszögern wollen, bis uns allen hier im Tal buchstäblich und existentiell die Luft ausgeht.

Was uns bewegt:

Im Mediationsvertrag wurde vereinbart:

- ... dass die mögliche Vorgehensweise der ÖBB, Teilprojekte einzureichen, die Vertragspartner nicht bei ihrer Einschätzung der Rechtsfrage präjudiziert,

nach welchen gesetzlichen Bestimmungen die jeweiligen Verfahren durchzuführen sind.

- **... dass die ÖBB für das vereinbarte *Gesamtprojekt Neubau der Tauernbahn im Gasteinertal* die Unterlagen für die Erlassung einer Trassenverordnung so vorlegen, dass entweder für das Gesamtprojekt oder für zwei Teilprojekte, die jeweils das Gemeindegebiet von Bad Gastein und Bad Hofgastein umfassen, die Trassenverordnung erlassen werden kann...**

Für uns stellen sich folgende Fragen:

- **Was ist ein Vertrag mit den ÖBB und dem Bund noch wert?**
- **Sind Rechtssicherheit sowie der Vertrauensgrundsatz gefährdet?**

FORDERUNGEN

1. Wir fordern ein faires Verfahren zur Prüfung der UVP-Pflicht für den Bauabschnitt Angerschluhtbrücke - Bahnhof Angertal unter Berücksichtigung der damit verbundenen Frequenzsteigerung des Gütertransits in den betroffenen Kurorten. Wir haben den Verdacht, daß die ÖBB diesen Bauabschnitt absichtlich vorab eingereicht haben, um eine UVP zu umgehen. Das ist die sogenannte „Stückelung“ des Projektes, die sattem als „Salami-Taktik“ bekannt ist. Speziell dies sollte mit dem Mediationsvertrag aber verhindert werden. Die einzige Instanz zur Prüfung dieses Antrages ist der Verkehrsminister selbst! Nach einem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs vom 16.6.2004, Zl. G 4-6/04, hat gegen den Bescheid des Verkehrsministers nicht einmal die Landesumweltanwaltschaft als Antragstellerin das Recht, gegen den Feststellungsbescheid beim Verfassungsgerichtshof Beschwerde zu erheben. Es entsteht also die Situation, daß der Verkehrsminister selbst über ein Projekt der ÖBB abspricht und selbst feststellt, ob dieses Projekt im dann vom selben Minister geführten Eisenbahngenehmigungsverfahren UVP-pflichtig ist oder nicht. In dieser Situation bitten wir das Hohe Haus, diesen verfassungsrechtlich fragwürdigen Zustand zu prüfen und unser Recht auf eine UVP, insbesondere aber unser Recht auf eine Prüfung der UVP-Pflicht durch eine unabhängige Instanz zu wahren.
2. Wir fordern im Sinne der volkswirtschaftlichen Vernunft, das Gasteinertal und seine Wirtschaftskraft nicht durch den Bahnlärm zu ruinieren. Wir sind eine der wichtigsten Tourismusregionen Österreichs, unsere Heilvorkommen bringen vielen Millionen Menschen aus dem In- und Ausland Heilung von ihren Leiden. Eine zusätzliche Lärmbelastung würde die Wirtschaft des Tales nachhaltig schädigen, tausende Arbeitsplätze gingen verloren, dem Staat entgingen Steuereinnahmen in Milliardenhöhe. Mit dieser Wertschöpfung würde das Gesamtprojekt in weniger als einem Jahr finanziert sein!! Wir bitten Sie deshalb, sich den Sorgen der Bevölkerung des Gasteinertales anzunehmen und eine Zerstörung der wirtschaftlichen Basis mit der Durchführung einer UVP und eine rasche Verwirklichung des vereinbarten Projektes zu verhindern.
3. Wir fordern die ÖBB dazu auf, nicht weiter unter dem Vorwand eines abstrakten öffentlichen Interesses unser konkretes Leben, unsere konkrete Gesundheit, unsere konkreten Arbeitsplätze aufs Spiel zu setzen, und Menschen, die sich

neben ihrer anstrengenden Tagesarbeit für ihre existentiellen Grundlagen einsetzen, mit formalen Bürokratismen zu blockieren. Wir hoffen Verständnis dafür zu finden, dass der Staat und seine Verwaltung nicht dazu da sind, den Bürgern die Lebensgrundlage zu entziehen, sondern ganz im Gegenteil Gefahren durch den internationalen Fernverkehr durch volkswirtschaftlich richtige Infrastrukturmassnahmen wie eine Tunnelumfahrung in Hofgastein und Bad Gastein abzuwehren.

Für das Gasteinertal geht es um das Überleben, sollte den ÖBB die Umgehung der UVP und damit die Umsetzung einer offenen Trasse gelingen, droht der wirtschaftliche Untergang des Tales: Ein Gutachten der renommierten Schweizer Hochschule St. Gallen stellt bei der von den ÖBB ursprünglich geplanten zweigleisig offenen Streckenführung den Kurortestatus und damit das wirtschaftliche Überleben des Tales in Frage!

Das Gasteinertal floriert und es wurden und werden in letzter Zeit touristische Investitionen in Höhe von vielhundertfachen Euro-Millionen getätigt! Lassen wir es nicht zu, dass es vom Transitterror zerstört wird!!

Wir bitten Sie um Ihr Verständnis und Ihre Hilfe in dieser für das Gasteinertal überlebenswichtigen Frage!

Kontaktadressen der überparteilichen Bürgerinitiativen